



---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

51. Sitzung (nicht öffentlich)

24. Februar 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.30 Uhr bis 10.00 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenografin: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (2. Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/4320 und 12/4574

Vorlagen 12/2938, 12/2940, 12/2942, 12/3128

Zuschriften 12/3265, 12/3295, 12/3319, 12/3373, 12/3480, 12/3481, 12/3483 - 12/3487, 12/3492, 12/3493, 12/3495, 12/3497, 12/3500, 12/3507 - 12/3510, 12/3519 - 12/3521, 12/3523 - 12/3529, 12/3531 - 12/3546, 12/3548 - 12/3567, 12/3570 - 12/3592, 12/3595, 12/3596, 12/3598 - 12/3601, 12/3603 - 12/3605, 12/3607 - 12/3610, 12/3612, 12/3614 - 12/3616, 12/3619, 12/3620, 12/3622, 12/3629, 12/3632, 12/3672, 12/3686 und 12/3690

1

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform abzugeben.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschließt der Ausschuss gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, keine Empfehlung abzugeben.

**2**      **Verschiedenes**

4

Der neu ernannte Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Ernst Schwanhold, stellt sich dem Ausschuss vor.

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt **Vorsitzende Hannelore Brüning** den neuen **Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herrn Ernst Schwanhold**, im Namen des Ausschusses herzlich willkommen.

#### 1 **Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (2. Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/4320 und 12/4574

Vorlagen 12/2938, 12/2940, 12/2942, 12/3128

Zuschriften 12/3265, 12/3295, 12/3319, 12/3373, 12/3480, 12/3481, 12/3483 - 12/3487, 12/3492, 12/3493, 12/3495, 12/3497, 12/3500, 12/3507 - 12/3510, 12/3519 - 12/3521, 12/3523 - 12/3529, 12/3531 - 12/3546, 12/3548 - 12/3567, 12/3570 - 12/3592, 12/3595, 12/3596, 12/3598 - 12/3601, 12/3603 - 12/3605, 12/3607 - 12/3610, 12/3612, 12/3614 - 12/3616, 12/3619, 12/3620, 12/3622, 12/3629, 12/3632, 12/3672, 12/3686 und 12/3690

**Vorsitzende Hannelore Brüning** erinnert an die im Januar durchgeführte dreitägige Anhörung zu diesem Gesetzentwurf und an die in der letzten Wirtschaftsausschusssitzung erzielte Verständigung, in der heutigen Sondersitzung darüber abzustimmen, ob der Wirtschaftsausschuss als einer der mitberatenden Ausschüsse eine Stellungnahme gegenüber dem federführenden Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform abgeben werde.

**Werner Bischoff (SPD)** spricht sich namens seiner Fraktion dafür aus, auf ein eigenständiges Votum des Wirtschaftsausschusses zu verzichten und dem federführenden Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform die abschließende Beratung auch der den Wirtschaftsausschuss tangierenden Bereiche zu überlassen. Auf diese Weise könne noch auf etwaige einschlägige Rechtsänderungen in Bund und Land reagiert werden.

Die **CDU-Fraktion** nehme zur Kenntnis - so **Christian Weisbrich** -, dass die Koalitionsfraktionen in diesem Punkt kein Einvernehmen hätten erzielen können. Sie habe wegen der von ihr ohnehin geübten Kritik an diesem Gesetzentwurf nichts dagegen, dem federführenden Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform kein Votum seitens des Wirtschaftsausschusses zu übermitteln, rege jedoch an, die am 27. August 1999 vom Ausschuss für Grubensicherheit einstimmig beschlossene in Anlage 5 zu APr 12/1321 enthaltene Resolution zur Verlagerung

der Bergverwaltung als Empfehlung an den Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform weiterzuleiten.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** hält dem entgegen, die Diskussion über die Verwaltungsstrukturreform werde intensiv, solide und ernsthaft geführt. Die aufgrund der Komplexität dieses Themas unausweichlichen Kompromisse würden bis zu der entscheidenden Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform sicher noch erzielt und könnten alle zufrieden stellen. Auf ein eigenständiges Votum solle ebenso verzichtet werden wie auf die Weiterleitung der Empfehlung des Ausschusses für Grubensicherheit. Es sei nicht im Sinne der Sache, Voten zu einzelnen Politikfeldern abzugeben.

**Hans Vorpeil (SPD)** führt aus, bei der Abgabe dieser Empfehlung am 27. August des letzten Jahres habe der Ausschuss für Grubensicherheit nicht voraussehen können, dass die CDU auf Bundesebene eine Anhörung beantragen würde, die Änderungen des für diesen Bereich wichtigen Bundesrechts nach sich ziehen könnte. Diese Änderungen wolle man abwarten, da eine für staatliche Einrichtungen sinnvolle Paketlösung angestrebt werde.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** erinnert daran, dass sich die GRÜNEN im Ausschuss für Grubensicherheit der Empfehlung nicht angeschlossen hätten, da sie in der entsprechenden Sitzung gar nicht anwesend gewesen seien. Zwar begrüßten sie die Verlagerung der Bergverwaltung, jedoch nicht in die Staatliche Regionaldirektion Arnsberg, sondern in den Regierungsbezirk Münster, in dem die Kohle eine größere Rolle spiele als in Arnsberg, wo die Bergwerke nach und nach schlossen. Er, Rüdiger Sagel, halte es für richtig, die Verlagerung der Bergverwaltung erst nach der zu erwartenden Änderung des Bundesrechts zu beschließen.

Nach Auffassung von **Werner Bischoff (SPD)** besteht derzeit keine Notwendigkeit, diese geographische Frage zu klären. Bergbau werde zudem nicht nur in Arnsberg und Münster, sondern sicher noch über das Jahr 2005 hinaus auch im rheinischen Revier betrieben.

Es bestehe keine Veranlassung, die Empfehlung des Ausschusses für Grubensicherheit zu erneuern, da sie der Landesregierung seit Monaten bekannt sei und sie bereits intensiv darüber berate. Er, Werner Bischoff, blicke optimistisch auf die anstehende kontroverse Diskussion mit dem Koalitionspartner. Die SPD-Fraktion werde von ihrer Position zu Struktur, Bedeutung und Zukunft der Bergverwaltung nicht abweichen.

**Christian Weisbrich (CDU)** macht deutlich, eine Empfehlung des Wirtschaftsausschusses würde der Empfehlung des Ausschusses für Grubensicherheit besonderes Gewicht verleihen. Es sei wichtig für die Zukunft der Bergverwaltung, die wirtschaftlichen Interessen nicht anderweitigen Interessen der in dieser Frage zerstrittenen Landesregierung unterzuordnen. Die Verlagerung der Bergverwaltung könne unabhängig von der Tatsache erfolgen, dass geändertes Rahmenrecht auf Bundesebene Änderungen des Landesrechts nach sich ziehe.

**Hans Vorpeil (SPD)** legt Wert auf die Feststellung, dass die Bergleute bei der SPD stets in besten Händen gewesen seien.

Der Ordnung halber weise er darauf hin, dass der Ausschuss für Grubensicherheit die Empfehlung - entgegen der Behauptung von Rüdiger Sagel - einstimmig beschlossen habe.

**Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD)** regt an, die inhaltliche Diskussion in diesem Ausschuss zu beenden. Die offenbar in Antragsform erwünschte Weiterleitung der Empfehlung des Ausschusses für Grubensicherheit könne nicht vorgenommen werden, da der Wirtschaftsausschuss keine Anträge stellen dürfe. Auf ein Votum solle verzichtet werden.

**Vorsitzende Hannelore Brüning** stellt klar, dass Christian Weisbrich die Empfehlung des Ausschusses für Grubensicherheit als Resolution weitergeben wolle. Darüber werde noch abgestimmt.

Christian Weisbrich habe zur Kenntnis zu nehmen - so **Karl-Heinz Rusche (SPD)** -, dass nur Paketlösungen angestrebt würden.

Die von Rüdiger Sagel angesprochene Frage des künftigen Standorts der Bergverwaltung müsse im Rahmen der Diskussion über ihre Zukunft geklärt werden. Jedoch obliege es der Landesregierung, zunächst Vorschläge zum Verfahren zu machen.

Die Frage des künftigen Standorts der Bergverwaltung sei sehr wohl bedeutend, entgegnet **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Gerade der am Niederrhein betriebene Bergbau erfordere einen zentraleren, westlich von Arnsberg gelegenen Standort, z. B. Münster.

Bekanntermaßen vertrete die SPD die Kohle-Lobbyisten, fährt Rüdiger Sagel fort. Er habe dafür gesorgt, dass die Position der GRÜNEN bei den Kumpels verständlich werde. Ihn interessierten die wahren Beweggründe der CDU in diesem Zusammenhang, die auf Bundesebene in der Koalition mit der F.D.P. die Subventionen für die Kohle drastisch gesenkt habe.

**Christian Weisbrich (CDU)** möchte wissen, ob die SPD grundsätzlich zunächst Änderungen des Bundesrechts abwarten wolle, ehe sie Landesrecht ändere.

**Werner Bischoff (SPD)** hält es für falsch, diese Diskussion fortzusetzen. In der Sache käme man so keinen Millimeter weiter. Der Ausschuss solle zu seinen originären Aufgaben zurückkehren und abstimmen.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform abzugeben.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschließt der **Ausschuss** gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, keine Empfehlung abzugeben.

## 2 Verschiedenes

Anlässlich seiner ersten Teilnahme an einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wendet sich der neu ernannte **Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Ernst Schwanhold**, an den Ausschuss:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, mich dafür zu bedanken, dass Sie mir eine solch einfache Sondersitzung beschert haben.

Ich habe fast zehn Jahre in wechselnden Rollen im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages gesessen - übrigens die weitaus längere Zeit in der Opposition. Daher kann ich mich ausgesprochen gut daran erinnern, wie es ist, keine Mehrheiten zu finden, zumal wenn man die besseren Gedanken hat. Ich meine, daraus habe ich Lehren für die vor mir liegende Tätigkeit ziehen können, die ich hoffentlich für längere Zeit ausüben werde.

(Heiterkeit)

Sie sollten davon ausgehen, dass ich nach dem 14. Mai 2000 nicht der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg anheim fallen werde. Ich habe mein Bundestagsmandat nicht ohne Grund aufgegeben.

Ein Satz zu der positiven Zusammenarbeit, die den Wirtschaftsausschuss - ich glaube, auf allen Ebenen - immer ausgezeichnet hat: Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktion wie natürlich auch denen der Regierungsfractionen eine informationsoffene Zusammenarbeit anbieten, damit wir im Sinne der von uns zu vertretenden Sache zu guten Ergebnissen kommen können; denn nur dafür werden wir von den Menschen im Lande auch belohnt. Dazu möchte ich meinen Beitrag leisten. Die Auseinandersetzungen bereiten uns intern zwar gelegentlich Freude - auch mir; da können Sie ganz sicher sein -, stoßen extern aber auf wenig Zustimmung. - Ich wünsche mir eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Beifall)